

Über konzeptionelle Grundlagen alternativer Wirtschaftspolitik

– Thesen –

These 1: *Emanzipatorische Kräfte – und damit auch die europäische Linke – werden heute und zukünftig nur dann reale gesellschaftliche Relevanz erlangen und hegemoniefähig, wenn sie in den Fragen der Ökonomie ihre Kompetenz und Gestaltungsfähigkeit überzeugend nachzuweisen vermag.*

Soll das Leitmotiv „Eine andere Welt ist möglich!“ auch für die Ökonomie uneingeschränkte Gültigkeit besitzen – im Sinne von „Eine andere Wirtschaft ist möglich!“ – und soll alternative Wirtschaftspolitik wesentlicher Bestandteil eines umfassenden gesellschaftlichen transformatorischen Projektes sein – wie von Dieter Klein hier entwickelt – dann erwachsen daraus zwei Konsequenzen.

Um welche handelt es sich hierbei?

Zum einen bedarf es im Kontext der Kämpfe um die weitere Ausrichtung zeitgenössischer Wirtschaftspolitik einer *systematischen Delegitimierung* und *Dekonstruktion* der wirtschaftspolitischen Handlungsmuster des Neoliberalismus, seiner zentralen ökonomischen Leitbilder, Kategorien und Meßgrößen.

Zum anderen bedarf es der nachhaltigen *Entwicklung konzeptioneller Gegenmacht*, denn natürlich gibt es in der Ökonomie, in der Wirtschaftspolitik strategische Begriffe. Mit anderen Worten: den Denk- und Politikmustern der neoliberalen Ökonomie ist substantiell eine andere *Sichtweise* auf die Wirtschaft, ein anderes *Verständnis* von ökonomischer Rationalität und Wirtschaftspolitik, eine andere *Logik* des Wirtschaftens entgegenzustellen. Kurzum: ÖkonomInnen der europäischen Linke wie die aller anderen emanzipatorischen Kräfte sind inspiriert, sich „an der Schaffung eines neuen ökonomischen Paradigmas“ zu beteiligen (Fisher/Ponniah 2003, 96).

These 2: *Völlig zur Recht wird mit dem Plädoyer für „Eine andere Wirtschaft ist möglich!“, dem Bekenntnis zu „Die Welt ist keine Ware!“ eine Gegenposition zum neoliberalen Projekt*

*der globalen Kommodifizierung, der Verwandlung der Welt in eine einzige Marktgesellschaft formuliert. Aber: eine Kommunikation über die **Notwendigkeit** wirtschaftlicher Alternativen reicht bei weitem nicht aus – die europäische Linke ist vielmehr und insbesondere zur Arbeit an diesbezüglichen **Inhalten**, der Verständigung über diese Inhalte aufgefordert.*

In Wirtschaftsfragen sind Defizite konzeptioneller, strategischer und vor allem wohl auch konzeptioneller Art spürbar. Dringend notwendig ist eine alternative politische Ökonomie des globalen Kapitalismus. Im stimme daher Klaus Dräger zu, der feststellte: „Wie die Konturen der unisono geforderten `anderen Welt` und des `anderen Europa` in Bezug auf eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu zeichnen wären, wie die verschiedenen Teillösungsideen zu einem schlüssigen Ensemble verknüpft werden können, bleibt gegenwärtig eine offene und unbearbeitete Frage“ (2003, 28).

Welche Punkte stehen vor allem auf der Agenda einer solchen alternativen politischen Ökonomie? Meines Erachtens geht es

erstens um eine systematisch angelegte Analyse sowie Wertung des heutigen Kapitalismus, seiner erkennbaren ökonomischen, sozialen und politischen Hauptprozesse und Kernkonflikte, der historische Tendenzen seiner Akkumulation, der Genesis der verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen – das Letzte gerade auch unter dem Aspekt der Rolle von Akteuren gesellschaftlicher Veränderung.

Zweitens geht es aus langfristiger Perspektive um eine stringente Bestimmung des Übergangs zu einer alternativen ökonomischen Entwicklung sowie des Typs, der Verfassung, der Strukturen und Triebkräfte einer alternativen Wirtschaftsordnung. Zugespitzt formuliert: steht eine Variante von Sozialstaats-Kapitalismus, vielleicht eine neue Ordnung des „Dritten Weges“ oder ein mit verschiedenen Beinamen ausgestatteter Sozialismus wie etwa „Markt“-Sozialismus, „Öko“-Sozialismus bzw. „Demokratischer“ Sozialismus oder gar etwas völlig Neues zur Debatte?

Drittens geht es um die Fixierung der ökonomischen Entwicklungslogik, der Ziele sowie der zentralen Gestaltungsprinzipien von Wirtschaftsalternativen. Stichworte sind hier zum Beispiel „Wachstumsökonomie“, „Subsistenzökonomie“, „solidarische Ökonomie“, „Ökonomie des guten Lebens“, „Nachhaltigkeitsökonomie“ und „partizipatorischer Ökonomie“.

Viertens geht es um die Bestimmung der bevorzugten Steuerungsinstrumente alternativer Wirtschaftspolitik sowie gerade auch der Auswahl der entscheidenden Politikdimensionen: vorzugsweise europäisch, nationalstaatlich, regional oder kommunal. Zur Frage steht dabei,

ob es vorrangig um „Entweder-Oder“-Logik geht bzw. wie tragfähig ein „Sowohl-Als-Auch“-Ansatz ist, wo Vorzüge und Grenzen des jeweiligen approach liegen.

Fünftens geht es um die Auswahl jener konzeptionellen Grundlagen, die langfristig einen realitätstauglichen Zugang zur Bewältigung der anstehenden ökonomischen und sozialen Herausforderungen bieten, also einen tragfähigen Rahmen für strategische Orientierungen bilden.

Halten wir in diesem Kontext fest:

Es bedarf der inhaltlichen Verständigung auf zwei Ebenen: *zum einen* der *konzeptionellen* Ebene. Hier geht es um jene zentralen ökonomischen und sozialen Kategorien und Problemlagen, die es im Kampf um eine andere, gerechtere Ökonomie inhaltlich zu „besetzen“ gilt. Auf dieser Ebene werden gewissermaßen die wirtschaftlichen und sozialen Eckpunkte der Alternative fixiert, diesbezüglich tragfähige Wirtschaftskonzepte benannt. *Zum anderen* ist da die *politische* Ebene. Hier geht es speziell um die Wege und sogenannten Einstiegsprojekte, die Handlungsmuster, die praktisch zu einem Politikwechsel, zu Wirtschaftsalternativen führen. Sam Gindin schrieb dazu recht treffend, daß gerade die Frage anzugehen sei, „wie man dorthin gelangen kann“, denn das, was „augenscheinlich fehlt, ist eine alternative **Politik**“ (2004, 9).

Mit anderen Worten: in einem möglichst breiten gesellschaftlichen Diskurs sind demnach

- a. konzeptionell-strategische Grundlagen alternativen Wirtschaftens zu erarbeiten und
- b. realitätstüchtige Politikangebote zu präsentieren, die die Interessen und die Imagination der Leute ansprechen.

Dabei geht es – gerade unter dem Blickwinkel der neuen Verfaßtheit der EU – um konzeptionelle Alternativen zum Modell eines neoliberalen Markteuropa, damit die wesentlichsten Konturen des Projekts „Für ein `anderes Europa in einer anderen Welt`“ entstehen und natürlich vor allem auch gesellschaftliche Wirkung erzielen.

These 3: *Kontrastierend zur neoliberalen ökonomischen Modellwelt des „homo oeconomicus“ gehen linke ÖkonomInnen davon aus, daß ökonomische Interessen und Konflikte, das Handeln von Wirtschaftssubjekten und die jeweiligen Politikmuster eine gesellschaftliche Dimension aufweisen bzw. sozial gebunden sind. Im Sinne von Marx` politischer Ökonomie bzw. einer wesentlich „kontextuellen Ökonomie“ (Büscher 2004, 9 ff.) sind wirtschaftliche Alternativen, die Anlage und Ausrichtung alternativer Wirtschaftspolitik*

nicht außerhalb eines bestimmten Gesellschaftsverständnisses und Menschenbildes zu denken, zu entwickeln und wirksam zu machen.

Was heißt das in diesem Zusammenhang?

Zumindest zwei Aspekte verdienen hierbei unsere besondere Aufmerksamkeit. *Erstens:* Die Divergenz der historischen, politischen, sozialen und kulturellen Kontexte von Wirtschaft und Gesellschaft, die Dynamik ökonomischer und sozialer Prozesse und Strukturen sowie natürlich auch die plurale Verfassung der emanzipatorischen Akteure bedingen, daß es nicht *das eine* Patentrezept für wirkungsvolle alternative Wirtschaftspolitik, *den einen* Königsweg zu einer alternativen Wirtschaft geben kann.

Zweitens: Die in der Debatte und teils schon in der Realisierung befindlichen Pfade zu einer anderen Wirtschaft sowie die konzeptionellen Ansätze für alternative Wirtschaftspolitik haben zunächst vor allem ein Problem in den Fokus zu rücken: es bedarf – wie bereits angedeutet – möglichst belastbarer Antworten auf die Frage nach dem Typ, dem Wesen, dem Leitbild der künftigen Gesellschaft.

Im „Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung“ sind hierzu anregende Überlegungen entwickelt worden, einschließlich von Vorstellungen, was jedem Menschen seinen Wert und seine Würde gibt (Klein 2003). Natürlich finden sich interessante und Diskussionen provozierende Gedanken auch anderswo, etwa bei Michael Albert (2003), Helen Wainwright (2003), Walden Bello (2002), Ulrich Duchrow/Franz Hinkelammert (2004) Alex Callinicos (2004), Pat Devine (2002), Herman Daly (1996) oder Christian Zeller (2004).

Wirtschaftsfragen sind gerade Fragen von materiellen Interessen und sozialen Werten. Daher besitzen die Art und Weise alternativen Wirtschaftens, eine diesbezügliche Wirtschaftspolitik im hohen Maße normativen Charakter. Sie hängen entscheidend von den Aussagen über Ziele und Maßstäbe der anvisierten „anderen Welt“ ab.

Wenn nun der vom WSF und Attac vertretene Leitgedanke „Die Welt ist keine Ware!“ bzw. die von Ulrich Duchrow und Franz Hinkelammert begründete Auffassung „Leben ist mehr als Kapital“ (2002, 186) schlüssig sind – und daran kann es für mich keinerlei Zweifel geben –, schließt das unter strategischem Aspekt eben auch ein, daß Fragen von Wachstum und Beschäftigung, Wohlstand und Bedürfnissen, Reichtum und Armut, Geld und Finanzen, Sparen und Investitionen, Sozialstaat und Haushalt nur im Kontext einer grundlegenden Debatte über angestrebte Lebens- und Gesellschaftsformen schlüssig behandelt werden können – etwa im Sinne des Leitmotivs „Anders wirtschaften, anders leben!“ Erst auf

derartigen Grundlagen, die einen breiteren Diskurs über alternatives Wirtschaften ermöglichen, können die schließlich im Konsens erarbeiteten Gemeinsamkeiten auch gesellschaftlich verankern.

These 4: *Die vor der europäischen Linken stehende Herausforderung, die Konzepte ihrer alternativen Wirtschaftspolitik zu bestimmen und vor allem gerade in die praktische Gestaltung der Ökonomie einzubringen, liefert einen wichtigen Beitrag dazu „to put a notion of democratic and egalitarian alternatives to today`s capitalism back on the political agenda“ (Panitch 1996, 1). Von besonderer Bedeutung ist hierbei, in einer Art Such- und Lernprozeß strategische Eckpunkte oder Leitlinien für die Entwicklung der einzelnen Volkswirtschaften sowie der Ökonomie der EU zu fixieren und aus der Perspektive der Wirtschaftspolitik aufzubereiten.*

Was ist unter solchen strategischen Eckpunkten zu verstehen?

Nach meinem Verständnis handelt es sich hierbei um gesellschaftliche Standards und Normen, um Ziele und auch Methoden, die

- a. mit dem Label „Wirtschaftsalternativen“ unmittelbar verbunden und gewissermaßen als unverzichtbar betrachtet werden,
- b. einem wirklich breiten gesellschaftlichen Interesse entsprechen bzw. von diesem stabil und langfristig getragen werden,
- c. akteursseitig mit dem sukzessiven Zurückdrängen von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau, von weiterer Marktsteuerung, Privatisierung und Kommodifizierung, dafür jedoch dem Ausbau von Beschäftigung und Binnennachfrage, von Teilhabe- bzw. Beteiligungsrechten, der stärkeren Verankerung von Strukturen der Wirtschaftsdemokratie und Prinzipien der Gemeinwohlpflichtigkeit sowie umfassender Einbeziehung von Öffentlichkeit verknüpft sind.

These 5: *Die politische Realität linker Kräfte ist heute u. a. dadurch gekennzeichnet, daß es in ihrem Spektrum – gemessen an den Herausforderungen der Gegenwart sowie ungeachtet bereits unternommener Anstrengungen und erzielter Fortschritte – an einem systematisch und inhaltlich angelegten Verständigungsprozeß über Eckpunkte von Wirtschaftsalternativen mangelt. Dies ist gerade deshalb problematisch, weil über diese Eckpunkte wesentlich der normative Handlungsrahmen .*

Zunächst: es ist unstrittig, daß es ein recht großes Angebot diesbezüglicher Vorschlägen gibt. Nur wenige Beispiele möchte ich nennen.

So hat sich kürzlich – *erstes* Beispiel – die europaweit bekannte bundesdeutsche „Memorandum-Gruppe“ zu folgenden „Eckpunkten“ bekannt:

- „die Zukunft der Arbeit und einen neuen Typ der Vollbeschäftigung,
- die soziale Sicherheit,
- die soziale Gerechtigkeit,
- die ökologische Nachhaltigkeit,
- den Abbau regionaler Disparitäten,
- die Verringerung der Nord-Süd-Ungleichheit,
- die politische und wirtschaftliche Demokratie,
- den Frieden und die globale Sicherheit“ (Memorandum 2003, S. 51).

Das *zweite* Beispiel: der an der Universität von York lehrende Alex Callinicos spricht in seinem „Plädoyer für einen revolutionären Sozialismus“ wie auch in seinem jüngsten Buch „Ein Anti-Kapitalistisches Manifest“ (2004) von „vier grundlegenden Werten“ für Wirtschaft und Gesellschaft. Diese sind: „Gerechtigkeit, Effizienz, Demokratie und Nachhaltigkeit“ (2004, 22). Zudem betont er, daß die zu entwickelnde alternative soziale Logik vor allem „eine nicht marktgebundene Alternative zum Kapitalismus“ sein müsse (ebenda, 23).

Drittes Beispiel: der in den USA und Kanada, doch auch in Europa sehr präzente Michael Albert skizziert in seiner neuesten Schrift „Parecon“ die fünf Pfeiler einer alternativen Wirtschaftsordnung insbesondere mit den Begriffen „Gerechtigkeit, Solidarität, Vielfalt, Selbstmanagement und ökologische Balance“ (2003, 9).

Schließlich das *vierte* Beispiel: Rudolf Hickel aus Bremen – einer der Gründungsväter und sehr aktiver Protagonist der genannten „Memorandum-Gruppe“ – beantwortete die Frage „Was ist linke Wirtschaftspolitik heute?“ wie folgt: es handelt sich hierbei vor allem um eine „fundierte Reformpolitik für Arbeit, Umwelt und soziale Gerechtigkeit“, in deren „Mittelpunkt die Demokratisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse steht“ (2003a, 58 u. 59).

Unabhängig davon, wie die Autoren ihre angebotenen Eckpunkte jeweils inhaltlich definieren, stellen sich meines Erachtens folgende Fragen:

- Kann und soll es überhaupt innerhalb des emanzipatorischen Spektrums einen weitgehend auf Konsens beruhenden Kanon von Eckpunkten für Wirtschaftsalternativen geben oder

sollen darüber stets die Akteure „vor Ort“ – was immer darunter zu verstehen ist: die europäische, nationale, regionale oder kommunale Ebene – entscheiden?

- Nach welchen Prinzipien könnte und sollte eigentlich die Fixierung dieser Eckpunkte erfolgen?
- Kann und soll es eine Art von Hierarchie innerhalb dieser Eckpunkte geben und wenn ja, auf welche Weise und nach welchen Kriterien könnte sie ermittelt werden?
- Wie ist es zu deuten, daß in keiner der angeführten Quellen (wie im übrigen auch anderswo) der Versuch unternommen wird, die Eckpunkte ökonomisch operationalisierbar zu machen?
- Können und sollen diese Eckpunkte unmittelbar an „harte“ ökonomische Meßgrößen gebunden werden oder werden sie eher „weich“ definiert. Und wenn sie „hart“ untersetzt sein sollen, welche ökonomischen Daten bzw. Meßgrößen werden als Maßstab ausgewählt?
- Können und sollen diese Eckpunkte mehr anzustrebende gesellschaftliche „Werte“ zum Ausdruck bringen oder sind sie auf der Ebene von Zielgrößen der Makroökonomie angesiedelt? Oder sollten sie vielleicht wesentlich stärker als eine Kombination von makroökonomischen Größen und Indikatoren sozialökonomischer Entwicklung (Reichtums- und Armutsberichterstattung, nationale wie internationale Indizes – Wohlfahrts-Index, Human Development Index) gesehen werden? Unterstützung für eine solchen Perspektive findet sich auch in unserer Runde – nicht ohne Grund hat sich beispielsweise Harald Werner unlängst dafür ausgesprochen, daß sich die Fraktionen der „Ökonomen“ und der „Sozialen“ über längere Zeit ernst- und dauerhaft miteinander befassen (ND 2004).

These 6: *Von grundsätzlicher Bedeutung für den Kampf der europäischen Linke um die Entwicklung und Durchsetzung wirtschaftlicher Alternativen sind deren konzeptionelle Grundlagen und Prägungen. Strategisches Gewicht besitzt hierbei die – keineswegs bereits überall akzeptierte – Erfahrung und Erkenntnis, daß heute nicht mehr ausschließlich **eine** ökonomische Großtheorie alleine in der Lage ist, allen Anforderungen wirtschaftspolitischer Gestaltung zu entsprechen. Vielmehr ist über ein **Mix** verschiedener Theoriekonzepte bzw. ökonomischer Ansätze die notwendige praktische Wirksamkeit, die politische Belastbarkeit und gestalterische Elastizität zu gewährleisten.*

Es ist primär die Komplexität und Dynamik der ökonomischen und sozialen Verhältnisse und Prozesse, die Vielfalt der Aufgaben und Wege, die differenzierte Lage der unterschiedlichen

Wirtschaftssubjekte und sozialen Akteure sowie die Vielfalt gesellschaftlicher Kontexte, die kaum mit nur einem Theoriekonzept abzubilden sind, das zugleich für jede Konstellation und Gruppe adäquate Handlungskonzepte parat hält. Auf diesem Hintergrund halte ich es im übrigen auch für problematisch, bei der alternativen Ökonomie – wie etwa Luise Gubitzer – von „einem neuen Paradigma“ zu sprechen (1993, 129).

Meines Erachtens besteht die substantielle Herausforderung für linke ÖkonomInnen vor allem darin, im Zuge der konzeptionellen Profilierung von Alternativen

1. stringent die für ihr Anliegen, ihre Ziele und Strategien passenden oder brauchbaren Bestandteile der einzelnen Konzepte zu bestimmen (Theoreme und Methoden),
2. die für eine wirksame Wirtschaftspolitik notwendige richtige Mixtur herzustellen, wobei die angemessene Dosis der einzelnen Konzepte zu finden ist,
3. geistig offen zu sein für die Rezeption von Theorieinnovationen, für die Angebote aus unterschiedlichen Theorietraditionen,
4. praktikable Kriterien zur Auswahl entsprechender ökonomischer Konzepte zu verwenden.

Welches könnten solche Kriterien beispielsweise sein?

Einige Stichworte – dabei geht es nicht um einen großen Wunschkatalog, sondern um *mögliche* beachtenswerte Aspekte:

- empirische Überprüfbarkeit ökonomischer Aussagen,
- die Arbeit mit gesellschaftlichen Kontexten wider die Idealwelt der Modelle,
- Orientierung auf ein menschliches Grundrecht, das umfassende soziale Sicherung und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum gewährleistet,
- Anstöße zur Generierung und Verteilung von Arbeit, die allen Menschen Einkommen für ein selbst bestimmtes Leben ermöglicht,
- Sensibilität für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit der Geschlechter,
- Präferenzen für ökonomische Interessen gesellschaftlicher Mehrheiten,
- Beiträge zur Anatomie von Marktversagen sowie der Ursachen ökonomischer und sozialer Disparitäten,
- Problematisierung von Strategien, die auf die radikale Privatisierung öffentlicher Leistungen und der sozialen Daseinsvorsorge setzen,
- Angebote zur Stärkung nachhaltigen Wirtschaftens,
- Inspirationen zur Demokratisierung der Wirtschaft,
- Anregungen zur Überwindung der Konflikte und Unterschiede zwischen den verschiedenen „Welten“.

These 7: *ÖkonomInnen des emanzipatorischen Lagers steht bei der konzeptionellen Ausrichtung ihrer alternativen Wirtschaftspolitik bzw. bei der Begründung einer alternativen ökonomischen Entwicklungslogik ein anregendes und zugleich recht heterogenes Angebot theoretischer Konzepte zur Verfügung.*

Diese Angebot reicht – um nur wenige zu nennen – von Konzepten der sich auf Marx` politische Ökonomie gründenden Wirtschaftstheorie, über die mit der ökonomischen Lehre von Keynes` verbundenen Ansätze, über Postulate der von Boyer, Aglietta und Lipietz geprägten Regulationsschule, Ausarbeitungen der Unterentwicklungs- und Dependenztheorie bis hin zu Reflexionen des auf Veblen zurückgehenden Institutionalismus sowie der evolutorischen Ökonomie. Weiterhin kann auf wichtige Produkte aus dem Umfeld der Ecological wie der Gender Economics sowie Konzepte von Sustainable Development bzw. aus dem Bereich der Befreiungstheologie und christlichen Soziallehren verwiesen werden (Krause 2002).

Insofern – das scheint mir evident – geht es doch um *mehr* als nur „Marx im Herzen und Keynes im Kopf“ zu haben. Linke Wirtschaftstheorie und alternative Wirtschaftspolitik sind in meinem Verständnis umfassender begründet, schöpfen nicht nur „aus den beiden Strömungen, dem Marxismus und Keynesianismus“ (Hickel 2003a, 64).

These 8: *Eine Analyse des „Stoffes“ der verschiedenen konzeptionellen Grundlagen für alternative Wirtschaftspolitik fördert zutage, daß ungeachtet aller unterschiedlicher Diktionen sowie divergenter Gegenstände es im Kern stets um eine Reihe relativ stabil bleibender Problemlagen und Aspekte geht.*

Im Zentrum des Interesses bzw. der Konzeptbildung befinden sich vor allem die allgemeinen Ziele und Triebkräfte jeglichen Wirtschaftens, die Rolle, Generierung und Verteilung von Arbeit in der Gesellschaft, überhaupt die Perspektiven der sogenannten Arbeitsgesellschaft, die vielgestaltige Eigentumsfrage, die Stellung von Markt, Geld und Plan, die Art und Weise wirtschaftlicher wie sozialer Regulation, die historische Rolle der Warenproduktion, das Thema von Verteilung und Gerechtigkeit, die Stellung und Funktion von Klassen, sozialen Gruppen und Geschlechtern in Wirtschaft, ihre Teilhabe am produzierten gesellschaftlichen Reichtum. Ebenso werden der Umgang mit den Ressourcen der Natur, die Hierarchien in der Wirtschaft bzw. im Arbeitsprozeß, die jeweiligen Spezifika und Effekte der Bereitstellung von Gütern und Leistungen über private Arrangements bzw. öffentliche Anbieter, die Rolle

des Staates in der Ökonomie sowie Grenzen und beschränkte Relevanz zeitgenössischer Schulökonomie (insbesondere in ihrer neoliberalen Ausprägung) konzeptionell aufgearbeitet.

These 9: *Angesichts der zentralen Konfliktlinien des zeitgenössischen Kapitalismus, der damit unmittelbar verbundenen Herausforderungen an eine alternative Wirtschaftspolitik verlangen aus der Perspektive der Makroökonomie eine Reihe von Problemen der produktiven konzeptionelle Durchdringung und Aufbereitung.*

Nachhaltiger Einsatz von konzeptionelle Ressourcen aus dem breiten Spektrum von Theorieangeboten bedürfen vor allem die Probleme von Stagnation, Wachstum und Beschäftigung, Arbeit und Einkommen, Nachfrage und Wachstum, Wachstumstyp und Nachhaltigkeit bei der Verwendung von Faktoren bzw. Ressourcen, Gerechtigkeit und Verteilung, Wirtschaft, Demokratie und Teilhabe/Partizipation von BürgerInnen, monetäre bzw. finanzielle Stabilität und gleichgewichtige Wirtschaft, öffentliche Daseinsvorsorge und die Arrangements ihrer Sicherung.

Für strategische Projekte und Optionen einer alternativer Wirtschaftspolitik mit mittlerer Reichweite, die insbesondere auf den Problemkreis Wachstum, Beschäftigung, Investitionen und Nachfrage gerichtet sind, erweisen sich gerade verschiedene neuere konzeptionelle Ansätze des Keynesianismus (etwa „Wachstumskeynesianismus“, „Eurokeynesianismus“, „qualitativer Keynesianismus“) als diskutabile Grundlage. Nicht zufällig ist daher insbesondere auf diesem Gebiet ein engagierter Diskurs zu registrieren, in dem zugleich die Probleme und Ambivalenzen einer stark keynesianisch geprägten Wirtschaftspolitik thematisiert werden (u.a. Zinn 2003, Hickel 2003b, Schmidt 1997, 2003, Reuter 2000, Stratmann-Mertens 2004, Sauer 2004, Huffs Schmid 2003, Schoeller 2003, George 2001, Deutschmann 2003, 2004, Kotte 2004). Hierbei verdient insbesondere Beachtung, daß zunehmend keynesianische Konzepte nicht nur unter dem Blickwinkel von Wachstums- und Beschäftigungspolitik sowie einer mehr kurzfristig angelegten antizyklischen Steuerung zu sehen sind, sondern daß insbesondere auch der Keynes der „langen Frist“ (Stichworte: Stagnation bzw. Sättigung in Volkswirtschaften) Relevanz besitzt.

In den Fragen einer auf Armutsbeseitigung, soziale Gerechtigkeit und vor allem nachhaltiges Wirtschaften orientierten alternativer Wirtschaftspolitik bedarf es einer stärkeren Rezeption und Debatte von Konzepten, die eine Gleichgewichtsökonomie mit moderatem oder ohne

Wachstum thematisieren. In diesem Kontext erlangt der insbesondere von Herman Daly entwickelte Ansatz einer steady-state-economy verstärkte Relevanz (1996).

Als konzeptionelle Grundlagen einer alternativen Wirtschaftspolitik in Sachen Gerechtigkeit und Verteilung, Demokratisierung der Wirtschaft und Partizipation/Teilhabe der BürgerInnen an Entscheidungen zu ökonomischer und sozialer Entwicklung bieten sich Ansätze wie die zum Beispiel von Michael Albert nachhaltig in die Debatte eingebrachte „participatory economics“ sowie die von Helen Wainwright vertretene Position von „reclaiming the state“ (Albert 2003, Wainwright 2003) an.

Literatur

- Albert, M.*, Parecon. Life after Capitalism, London 2003-New York.
- Bello, W.*, Deglobalization. Ideas for a New World Economy, London-New York 2002.
- Büscher, M.*, Kontextuelle Ökonomie: Erweiterung von Kategorien des Wirtschaftens für eine andere Wirtschaft, in: A. Biesecker et al. (Hrsg.), Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun, Hamburg 2004, S.9-18.
- Callinicos, A.*, Ein Anti-Kapitalistisches Manifest, Hamburg 2004.
- Daly, H.*, Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development, Boston 1996.
- Devine, P.* (Ed.), Building socialism theoretically. Alternatives to capitalism and the invisible hand, in: Science and Society 66.1/2002 (Special Issue).
- Deutschmann, Ch.* Ende und Wiederkehr des Keynesainismus – Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik, in: Leviathan 3, 2003, S. 291-302.
- Deutschmann, Ch.*, Gibt es eine Alternative zur keynesianischen Finanzpolitik? Eine Antwort auf Ralph Rotte, in: Leviathan 2, Juni 2004, S. 155-163.
- Dräger, K.*, Die alternative europäische Linke und die „Wiedergeburt Europas“, in: SoZ. Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis, 5 (2003), S.27-32.
- Duchrow, U./Hinkelammert, F.J.*, Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums, Oberursel 2004
- Fisher, W.F./Ponniah, Th.* (Eds.), Another World Is Possible, Nova Scotia-Capetown -London/New York 2003.
- Gindin, S.*, Antikapitalismus und soziale Gerechtigkeit, in: SoZ. Sozialistische Heft für Theorie und Praxis, 6 (2004), S. 6-12.
- Gubitzer, L.*, Alternative Ökonomie. Ein neues Paradigma in der Ökonomie, in: W. Berger/A. Pellert (Hrsg.), Der verlorene Glanz der Ökonomie. Kritik und Orientierung, Wien 1993.
- Hickel, R.*, Was ist linke Wirtschaftspolitik heute? Eine fundierte Reformpolitik für Arbeit, Umwelt und soziale Gerechtigkeit, in: J. Bischoff/K. Steinitz (Hrsg.), Linke Wirtschaftspolitik. Bilanz, Widersprüche, Perspektiven, Hamburg 2003a, S. 58-68.
- Hickel, R.*, Die keynesische Botschaft, in: H. Schui/H. Paetow (Hrsg.), Keynes heute. Festschrift für Harald Mattfeldt, Hamburg 2003b, S. 34-55.
- Huffs Schmid, J.*, Eurokeynesianismus als Alternative zum kontraproduktiven Policy-Mix in der EU, in: H. Schui/H. Paetow (Hrsg.), Keynes heute. Festschrift für Harald Mattfeldt, Hamburg 2003, S. 72-89.

- Klein, D.* (Hrsg.), *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit, Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 38, Berlin 2003.
- Krause, G.*, *Die Geschichte der ökonomischen Theorien zwischen Mainstream und Alternative*, in: *Utopie kreativ* 143, September 2002, S. 783-803.
- Memorandum 2003 – Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, *Krise im Schatten des Krieges – Mehr Steuern für mehr Beschäftigung statt Abbruch des Sozialstaates*, Köln 2003.
- Panitch, L.*, *Preface*, in: L. Panitch (Ed.), *Are There Alternatives?* Socialist Register 1996, S. 1-6.
- Reuter, N.*, *Ökonomik der „langen Frist“*. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen der Industriegesellschaften, Marburg 2000.
- Rotte, R.*, *Keynesianismus zwischen Kapitalismuskritik und Staatsgläubigkeit – eine Kritik* An Christoph Deutschmann, in: *Leviathan* 1, März 2004, S. 3-14.
- Sauer, Th.*, *Globaler Keynesianismus vs. Deglobalisierung? Makroökonomische und normative Grundlagen alternativer Weltwirtschaftsordnungen*, in: A. Biesecker et al. (Hrsg.), *Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun*, Hamburg 2004, S. 53-9.
- Schmidt, I.*, *Gewerkschaften und Keynesianismus*, Münster 1997.
- Schmidt, I.*, *Keynesianismus und Wirtschaftspolitik. Über Japan nach Weimar?* In: J. Bischoff/K. Steinitz (Hrsg.), *Linke Wirtschaftspolitik. Bilanz, Widersprüche, Perspektiven*, Hamburg 2004, S. 83-94.
- Schoeller, W.*, *Globalisierung und Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik*, in: H. Schui/H. Paetow (Hrsg.), *Keynes heute. Festschrift für Harald Mattfeldt*, Hamburg 2003, S. 141-172.
- Stratmann-Mertens, E.*, *Entglobalisierung – Abschied vom Wachstum. Kritik der Neo-keynesianischen Globalisierung*, in: A. Biesecker et al. (Hrsg.), *Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun*, Hamburg 2004, S. 37-52
- Wainwright, H.*, *Reclaiming the State*, London 2003.
- Zeller, Ch.* (Hrsg.), *Die globale Enteignungsökonomie*, Münster 2004
- Zinn, K.G.*, *Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa*, Manuskript 2003.